

Die Wiedererfindung des Westens

von Dominique Moïsi

Gibt es „den Westen“ überhaupt noch? Haben wir uns zwischen 1989 und 2003 aus einer Welt, die aus zwei Europas und einem Westen bestand, hin bewegt zu einer Welt, in der es ein Europa, aber einen zweifachen Westen gibt, einen amerikanischen Westen und einen europäischen Westen?

Gestern lag in der Bedrohung durch die Sowjetunion der Schlüssel für die Existenz des Westens, die negative Selbstdefinition der westlichen Identität. Der Sinn des Westens bestand ganz einfach darin, der Sowjetunion zu widerstehen. Im Rückblick und angesichts der gegenwärtig fast vollzogenen Scheidung in den transatlantischen Beziehungen klingt nun jeder Versuch, die atlantische Gemeinschaft in historisch und kulturell positiven Begriffen zu beschreiben, künstlich und anmaßend.

„Die atlantischen Völker sind die Erben einer großartigen Zivilisation, deren Ursprung die frühen Errungenschaften des Nahen Ostens, die klassische Schönheit Griechenlands, die juristische Weisheit Roms, die geistige Kraft unserer religiösen Traditionen

Prof. Dominique Moïsi, geb. 1946, ist Berater des Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris. Der Beitrag beruht auf einem Bericht des Verfassers an die Trilaterale Kommission. Eine gekürzte Fassung erscheint in der November/Dezember-Ausgabe 2003
VON FOREIGN AFFAIRS.

und den Humanismus der Renaissance umfasst.“ Diese Zeilen stammen aus der so genannten „Pariser Erklärung“, die im Januar 1962 von den in Paris versammelten Delegierten des „Atlantischen Konvents“ der NATO-Staaten verabschiedet worden ist.¹ Heute, da jede Seite sich bemüht, die andere Seite herabzusetzen, würde keine Partei die Rechtmäßigkeit des Anspruchs der anderen als Erbe dieser ruhmreichen Vergangenheit anerkennen.

Im Jahre 2003 mögen Amerikaner und Europäer angesichts gemeinsamer Bedrohungen und einer ähnlichen Verletzbarkeit durch internationalen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen objektiv vereint sein, gefühlsmäßig jedoch sind sie getrennt durch ein Gefühl wachsender Entfremdung im Hinblick auf ihre jeweiligen Grundüberzeugungen. Tatsächlich sind wir angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus ebenso getrennt wie wir durch sie geeint sind. Die Konfrontation mit dem „absolut Anderen“, verkörpert durch den „fundamentalistischen Islam“, lässt die Europäer fragen, ob die Antworten der Amerikaner auf diese Bedrohungen mit ihren möglichen politischen und sozialen Auswirkungen nicht gefährlicher sind als die Bedrohung selbst.

„Wir“ haben vielleicht gemeinsame Verantwortung, gemeinsame Werte, gemeinsame Interessen, doch auf beiden Seiten des Atlantiks neigt

jede Partei dazu, die andere als zunehmend verschieden, sogar als „relativ anders“ zu sehen. Wir mögen im selben Boot sitzen, doch wir sind versucht, mit einem zunehmenden Maß an Entfremdung, wenn nicht sogar Animosität einander zu sagen: „Ihr seid nicht wie wir“. „Ihr seid nicht wie wir, weil ihr euch weigert, anzuerkennen, wie gefährlich die Welt ist“, sagen die Amerikaner zu den Europäern. „Ihr seid nicht wie wir, weil ihr die Komplexität der Welt nicht sehen wollt“, erwidern die Europäer.

Der Verfasser dieser Zeilen ist von der tiefen Überzeugung beseelt, dass die gegenwärtige transatlantische Krise strukturell anders und weitaus gefährlicher ist als alle vorhergehenden Krisen. Wir könnten versucht sein uns zu beruhigen mit dem Hinweis auf die Suez-Krise im Jahr 1956, auf den französischen Rückzug aus dem integrierten Militärapparat der NATO 1966, die Tiefe des Risses, der durch den Vietnam-Krieg in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren hervorgerufen wurde, ganz zu schweigen von der Raketenkrise ein Jahrzehnt später. Doch alle diese Krisen waren begrenzt angesichts der sowjetischen Bedrohung und der nachklingenden Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. Das Bild vom Retter Amerika war noch nicht überlagert von dem negativen Bild Amerikas als gefährlichem, arroganten, wenn auch noch nicht ineffektiven „Imperator“.

Folgt man einer anderen Denkschule, die besonders im Lager der Demokraten in den Vereinigten Staaten verbreitet ist, so ist die gegenwärtige Spannung zwar ernst, sie sollte aber

nicht überbewertet werden. Der gegenwärtige Konflikt sei künstlicher Natur, das Ergebnis eines einzigartigen politischen Augenblicks, resultierend aus dem Zusammentreffen einer einzigartigen Tragödie, dem „11. September“, und einer extrem konservativen und ideologischen amerikanischen Regierung, die nicht einmal „richtig“ vom amerikanischen Volk gewählt worden sei.

„Lasst uns erst einmal ein Jahr warten ...“ sagen sie ihren europäischen Freunden, und der „Alptraum“ wird mit der Niederlage der Bush-Mannschaft in den Wahlen vorüber sein. Ich glaube allerdings, dass, auch wenn der Bush-Stil eindeutig Teil des Problems ist, diese beruhigende Interpretation eine vereinfachende Sicht der Geschichte darstellt. Denn die gegenwärtige Spannung ist nicht lediglich das Ergebnis eines schlechten Verhältnisses zwischen einem zu ideologischen amerikanischen und einem zu impulsiven französischen Präsidenten. Diese Krise ist aus drei Gründen, die alle miteinander zusammenhängen, vollkommen andersartig, weil nämlich die Welt, die Vereinigten Staaten und Europa sich verändert haben.

Diese pessimistische Betrachtung des gegenwärtigen Zustands der transatlantischen Beziehungen bedeutet allerdings nicht, dass wir uns passiv, einige vielleicht sogar zufrieden, mit dem langsamen, aber unvermeidlichen Niedergang des Westens abfinden sollten. Sicher vermögen wir nicht, die alte transatlantische Bindung wieder ins Leben zurückzurufen, was eine Auferstehung der Sowjetunion voraussetzen würde, die

weder möglich noch wünschenswert ist, aber wir könnten sie auf einer neuen Grundlage wieder erstehen lassen. Wir müssen in der Tat versuchen, dies zu tun, und zwar aus strategischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen, ja sogar aus ethischen Gründen. Die Welt würde nämlich zu einem noch gefährlicheren Ort, wenn es den Vereinigten Staaten und Europa nicht gelingen sollte, einen „neuen Westen“ zu erfinden.

Was könnte und sollte getan werden, um zu einem solchen Ergebnis zu gelangen, das über den Versuch hinausgeht, den Krieg der Worte auf beiden Seiten des Atlantiks zu beenden? Die einzige Chance des Westens zu überleben, besteht darin, über sich selbst und über den selbstzerstörerischen Narzissmus hinauszuwachsen. Amerikaner und Europäer mögen getrennt sein in ihrer Einstellung zu Macht, in ihrer Definition, was Macht darstellt, sie sind jedoch – im Gegensatz zu dem, was sie immer behaupten – innig verbunden in einer tiefgehenden Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal anderer. Dies kritisierte der junge John F. *Kennedy* schon 1946: „Weit verbreitete Armut und massiver Reichtum können in einer Demokratie nicht nebeneinander bestehen“.

Was damals zutreffend war für die Vereinigten Staaten, ist heute in unserem global interdependenten Zeitalter noch zutreffender für die gesamte Welt. Die Vereinigten Staaten mögen angetrieben sein von einem legitimen revisionistischen Instinkt, die Welt zu verändern, und sei es nur, um sich vor ihr zu schützen. Doch was ich „verantwortungsvollen Revisionis-

mus“ nennen möchte – im Gegensatz zu „imperialem Revisionismus“ –, wird es nur geben, wenn Amerikaner, Europäer und andere demokratische Nationen zusammenarbeiten, damit multilaterale Institutionen wie z.B. die Vereinten Nationen neu erfunden werden können.

Sie müssen dabei so vorgehen, dass die heute bestehende Spaltung zwischen dem, was legitim ist, und dem, was legal ist, überwunden wird, ganz zu schweigen von der wachsenden Kluft zwischen denen, die etwas haben, und denen, die nichts haben. Das Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancún sollte als Warnung verstanden werden. Für den Rest der Welt besteht der „Westen“ zum überwiegenden Teil vor allem aus dem „Norden“, d.h. aus dem reichen und egoistischen Teil der Welt.

Das Ziel, die Vereinigten Staaten auszubalancieren, in einer weniger ungleichgewichtigen Welt zu leben, mag eine noch dringlichere und noch wichtigere Herausforderung darstellen, vorausgesetzt, wir sehen es als unsere gemeinsame Pflicht an, der Generation unserer Kinder eine stabilere und gerechtere Welt zu hinterlassen. Uns dieser Herausforderung zu stellen, über uns selbst hinauszuwachsen, wird uns dabei helfen, den Westen wieder erstehen zu lassen. Wahrscheinlich ist dies der einzige Weg.

Ein neuartiges System

Die Wechselwirkung zwischen einem unterschiedlichen internationalen System, einem unter-

schiedlichen Amerika und einem unterschiedlichen Europa erklärt die einzigartige Natur der gegenwärtigen transatlantischen Krise. Die Welt hat sich als Ergebnis des Zusammentreffens zweier historischer Daten und des Globalisierungsprozesses verändert. Diese beiden Daten sind der 9. November 1989, der Fall der Berliner Mauer, und der 11. September 2001, der Einsturz der Zwillingstürme in Manhattan. Der 11. September markiert, auf andere Art als der 9. November, einen historischen Wendepunkt. Er ist in größerem Maße Ausdruck der tragischen, dunklen Seite der Globalisierung, die durch das Ende des Kalten Krieges möglich geworden ist. Bis 1989 war der Westen geeint durch gemeinsame Werte, gemeinsame Interessen und weitgehend gemeinsame Empfindungen.

Seit dem Ende der Sowjetunion gibt es weniger gemeinsame Interessen, und seit dem 11. September gibt es weiter auseinander klaffende Empfindungen auf beiden Seiten des Atlantiks. Diese Empfindungen sind wahrscheinlich nirgends gegensätzlicher als im Fall des israelisch-palästinensischen Konflikts. Das zurückliegende Jahrzehnt, das von den durch den Oslo-Prozess genährten Hoffnungen geprägt war, führte zu einer Annäherung, in deren Folge es auf beiden Seiten des Atlantiks Politiken und Empfindungen gab, die einander näher waren. Europa sah in seiner Rolle eine Ergänzung zu derjenigen der Vereinigten Staaten. Das Scheitern dieses Prozesses und die daraus folgende Eskalation der Gewalt haben die Auseinanderentwicklung der

Empfindungen noch verschlimmert, und das mit weit reichenden Folgen. Amerikas proisraelische Einstellung und Europas propalästinensische Einstellung, möglicherweise mit der Ausnahme Deutschlands, wirken auf die transatlantischen Beziehungen wie Säure.

Jenseits dieser gefühlsmäßigen Trennung ist, objektiv gesehen, Europa nicht mehr die vorderste Verteidigungslinie Amerikas. Während Europa sich als Ergebnis seines Erweiterungsprozesses geographisch ausdehnt, verliert es – zumindest aus der Sicht der beiden letzten amerikanischen Regierungen – an Bedeutung. Durch die Kriege auf dem Balkan wurde die Flamme des Interesses nahezu ein Jahrzehnt lang künstlich am Brennen erhalten. Heute wird die strategische Agenda der Vereinigten Staaten bestimmt von der deutlichen und gegenwärtigen Gefahr eines erweiterten Nahen Ostens, der nun eine Zone umfasst, die sich von Nordostafrika bis nach Südostasien erstreckt, und von der zukünftigen Herausforderung durch China, das schemenhaft am Horizont auftaucht; das bedeutet wenig Platz für Europa auf der strategischen Tagesordnung der USA. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist der europäische Kontinent vom Subjekt der Geschichte zu deren Objekt geworden, als er der Hauptschauplatz des Kalten Krieges war. Heute ist Europa in den Augen vieler Amerikaner weder Subjekt noch Objekt der Geschichte, sondern es ähnelt einem „Vergnügungspark“: Kunstmuseen, herrliche Landschaften und Lebensqualität, gutes Essen vor allem,

und ein komplexes, manchmal unerhebliches Experimentierfeld, auf dem Menschen zur Verwirrung der Amerikaner versuchen, eine neue Art von Souveränität herauszubilden. Vor allem aber ist Europa zu einer Quelle wachsender Irritation geworden.

Der 11.9. hat Amerika nicht so sehr verändert, als dass er nur Entwicklungen und Tendenzen verstärkt hat, die bereits in den davorliegenden Jahren am Werk waren. Gefühlsmäßig jedoch hat er die Kluft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten vertieft. Seit dem 11.9. befinden sich die Amerikaner im Krieg, nicht die Europäer. Einige Europäer, insbesondere die Deutschen, sehen die Welt in postmodernem Licht; andere, möglicherweise in größerer Zahl, insbesondere im erweiterten Europa, sehen die Welt in prämodernem Licht. Sie sehen durchaus die Existenz einer aus dem „Süden“ kommenden Bedrohung, aber sie neigen dazu zu glauben, dass die amerikanische Antwort darauf nicht nur unzureichend ist, sondern dass sie in sich selbst die Quelle für zunehmende Instabilität und Hass birgt. Sie sind der Meinung, dass die Welt, je mehr sie geteilt ist im Hinblick auf Reichtum und Überfluss, desto größere Risiken birgt, sich gegen den einzigen machtvollen Akteur, die Vereinigten Staaten, zu verbinden – einen Akteur, dessen Handeln ebenso wie dessen Nichthandeln gleichermaßen verurteilt werden wird. Selbst die „westlichen“ Bürger des „Imperiums“ verurteilen die sprunghaften und übertriebenen Reaktionen ihres „Imperators“, eines Imperators, der sich demographisch, kulturell, politisch

und wirtschaftlich sehr allein fühlen würde ohne seinen distanzierten, ineffizienten, nörgelnden, unzuverlässigen, kleineren und älteren Vetter.

Ein anderes Amerika

Der weise amerikanische Historiker Michael *Kamme* schrieb einmal: „Es gibt im amerikanischen Stil eine Spannung zwischen dem Trieb zur Gewalt und dem Streben nach Harmonie.“ Europäer hatten immer Schwierigkeiten, das „Volk des Paradoxen“ zu verstehen. Heutzutage ist es noch schwieriger, da Entwicklungen, die im amerikanischen Charakter schon immer vorhanden waren, wie intolerantes Misstrauen gegenüber dem Anderen und ein religiös motivierter Nationalismus, wie er besonders in der McCarthy-Zeit zu Mitte der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts zum Ausdruck kam, erneut auftauchen. Und diese Kräfte haben kein Gegengewicht in einem tief greifenden Verständnis Europas auf Seiten der Liberalen wie der Konservativen.

Wer könnte heute in den Vereinigten Staaten ein Gegenstück zu Laurence *Wylies* „Village in the Vaucluse“ schreiben, einer geduldigen, toleranten und menschlichen Erzählung vom Leben in einem französischen Dorf? „Wir sehen im Amerikaner, wo immer wir ihm begegnen, einen praktischen Idealisten“ schrieb Gunnar *Myrdal* 1944.

Die Amerikaner von heute scheinen sowohl weniger praktisch als auch weniger idealistisch zu sein als

diejenigen Amerikaner, mit denen die Europäer es in den Zeiten des Kalten Krieges zu tun hatten. Die Generation von Dean *Acheson* und John Foster *Dulles*, die sowohl persönliche wie auch akademische Kenntnisse besaßen von Europa und von seinen griechischen und lateinischen Ursprüngen, ist seit langem dahin. Die Begründer des Marshall-Plans und des Atlantischen Bündnisses hatten einen gemeinsamen Bezugsrahmen mit ihren europäischen Gesprächspartnern. Ihre visionäre Großzügigkeit war Teil eines Aufklärungsprojekts, das direkt auf die europäischen Philosophen des 18. Jahrhunderts zurückging. Ihr Ziel bestand darin, die Europäer mit sich selbst auszusöhnen, und zwar mit Hilfe von Amerikas Zivilisation, Amerikas Militärmacht und Amerikas wirtschaftlicher Stärke. Es war eine Großzügigkeit, die natürlich Eigeninteresse nicht ausschloss, die jedoch darüber hinausging.

Heute haben die Amerikaner aus demographischen, politischen und kulturellen Gründen das Interesse an Europa mehr und mehr verloren, und sie werden eine Europäische Union, die sich selbst weitgehend durch Opposition zu ihnen definiert, nicht unterstützen. Während Hispanics und asiatische Amerikaner sowohl zahlreicher wie auch prominenter werden und während das Gravitationszentrum der amerikanischen Politik sich nach Texas oder in den Mittelwesten verlagert, ist das Studium Europas in den Vereinigten Staaten zunehmend unpopulär. Es gibt einen riesigen Kontrast zwischen der Bedeutung

transatlantischer Bindungen in rein wirtschaftlicher Beziehung und ihrer Übertragung in den geopolitischen Bereich. Der Warenaustausch zwischen Europa und den Vereinigten Staaten mag gut und gern rund eine Milliarde Dollar pro Tag ausmachen – für die geopolitischen Denker in Amerika spielt das offenbar keine Rolle mehr.

Die Amerikaner sehen Europa heute anders, weil auch ihre Vorstellung von ihrem Platz in der Welt sich gewandelt hat. Die Vereinigten Staaten, die Europa mit einer Kombination aus Kritik und unheilvoller Geringschätzung betrachten, mussten auf dem Gipfel ihrer Überlegenheit schmerzlich ihre Verletzlichkeit erkennen, eine Erkenntnis, die im Widerspruch steht zu ihrer traditionellen Verknüpfung von Optimismus und Selbstsicherheit. Die Amerikaner sahen sich gewöhnlich als ein Vorbild für die Welt, als Gottes Geschenk an die Menschheit. Jetzt sind sie gezwungen sich zu fragen, warum sie Gegenstand des Hasses geworden sind. Ermutigt durch die manichäische Sichtweise ihres Präsidenten: „Wenn du nicht für mich bist, bist du gegen mich“, finden es viele Amerikaner in diesem Zusammenhang normal, eine Art von antifranzösischem Patriotismus zu praktizieren, der trotz des sprunghaften Charakters der Amerikaner wohl so schnell nicht verschwinden wird.

Gerade der Charakter der amerikanischen Politik, die mehr und mehr dominiert wird vom Gewicht der Medien, der zunehmenden Bedeutung des Geldes, ganz zu schwei-

gen von Kirchturmpolitik und der Vorherrschaft kurzfristigen Denkens, ist für Europa nicht günstig, einen Kontinent, der wohl eine langfristige Herausforderung und morgen eine Schlüsselrolle darstellen mag, der jedoch heute weder dramatisch noch problematisch genug dasteht.

Überdies schwindet nichts so schnell wie der Erfolg. Fast gleichzeitig eröffnet sich den Amerikanern der Blick auf den Triumph ihrer Militärstrategie und auf die politischen Grenzen ihrer einzigartigen Überlegenheit in „harter Macht“. Möglicherweise hat der Präsident der Vereinigten Staaten eine Vision bezüglich der Zukunft des Nahen Ostens, aber ob er auch eine alternative Strategie hat, falls Irak im Chaos versinkt und die Road Map der Vergessenheit anheim fällt? Im Gegensatz zu dem, was viele Europäer offenbar glauben, steht den Amerikanern nicht der Sinn danach, die Welt zu beherrschen. Zwar sind die Amerikaner stolz auf ihren imperialen Status, sie sind deshalb jedoch nicht zu Imperialisten geworden, wie dies vor 100 Jahren bei den Franzosen und Briten der Fall war. Sie haben weder das Interesse noch die Fähigkeit, dies zu tun; ihnen fehlen die Mittel und der Wille, andere Kulturen zu verstehen. Wahrscheinlich sehen sie in der Demokratie ein allumfassendes Modell für die Welt, aber diese Sicht entspringt der Furcht ebenso sehr wie der Hoffnung. Doch selbst wenn Amerikas neue Neigung zum Revisionismus selektiv sein sollte und lediglich einige Regionen der Welt wie etwa den Nahen Osten betrifft, steht er trotzdem im Gegensatz zur Vorlie-

be der Mehrheit der europäischen Länder für den Status quo. Gestern war es der Westen, Amerika ebenso wie die Europäer, der im Konflikt mit der revisionistischen Sowjetunion dem Status quo den Vorzug gab; heute ist der „amerikanische Westen“ revisionistisch geworden, während der „europäische Westen“ immer noch den Status quo bevorzugt.

Ein anderes Europa

Das Europa von heute ist so sehr damit beschäftigt, seine eigene Identität zu definieren, dass seine Prioritäten mehr als jemals zuvor nach innen gerichtet sind. Während Europa mit dem Euro jeden Tag realer wird, wird es in den Augen seiner Bürger immer weniger ein Vorhaben. Mit Entsetzen erkennt man das Aufkommen von nationalistischen Ausbrüchen oder selbstsüchtigem Verhalten zwischen jenen, die die Regeln der Union nicht länger respektieren, und jenen, die populistische Attacken gegen andere Europäer reiten. Italiener und Deutsche zanken sich, Frankreich streitet mit Brüssel ... Von diesem Standpunkt aus ist die internationale Agenda äußerst unfreundlich zu den Europäern gewesen. Die Welt beschleunigte ihren Schritt, während Europa damit beschäftigt war, seine Geographie, seine Grenzen – wo endet Europa? – und seine institutionelle Zukunft sowie den Charakter jenes Europa zu bestimmen, das aus dem Wirken des Konvents zwischen föderaler und intergouvernementaler Form hervorgehen wird. In diesem

Zusammenhang der Identitätssuche ist es leicht und verführerisch, die Vereinigten Staaten als eine Art natürlichen Sündenbock zu benutzen.

Die Frage nach den Grenzen Europas trägt hinsichtlich seiner „westlichen Identität“ zur Konfusion bei. Ist die Türkei vielleicht mehr westlich als europäisch, Russland mehr europäisch als westlich, und was verbinden wir mit solchen Definitionen? Könnte Frankreich versucht sein, Russland zu umwerben, ein Land, das anders als die Türkei kein EU-Beitrittskandidat ist und das zu einer Zeit, in der sich das Land politisch vom westeuropäischen Vorbild entfernt und sich auf einem beunruhigenden, will sagen autokratischen Weg weg von jeder Andeutung von Demokratie befindet? Im Fall der Türkei hat ihr „Nein“ an die Adresse der USA unmittelbar vor dem Krieg gegen Irak ihr europäisches Image nicht verbessert, sondern vielmehr die antiislamischen Vorurteile gegen sie verstärkt. Für viele Europäer war es ihre muslimische und nicht ihre europäische Identität, die die Türkei „Nein“ sagen ließ zu den Vereinigten Staaten!

Dieses Europa, das sich der doppelten Herausforderung von Erweiterung und Vertiefung gegenüber sieht, ist zu allererst gezwungen, sich zu entscheiden, wo es hinsichtlich der Beziehungen zu Washington steht. Das ist schlicht zu viel für einen Kontinent, der, zumindest in letzter Zeit, mehr durch seine Verzögerungstaktik von sich reden machte als durch den politischen Wagemut seiner Politiker. Man ist, mit wenigen Ausnah-

men, versucht, von einem Wettbewerb in konkurrierender Dekadenz zwischen den führenden Politikern auf beiden Seiten des Atlantiks zu sprechen. Kann man in einer außergewöhnlichen Zeit leben ohne einen einzigen außergewöhnlichen Führungspolitiker?

Im Zusammenhang mit der Identitätssuche ist nur natürlich, dass eine neue Art von Antiamerikanismus sich in Europa ausbreitete. Uneins bezüglich ihrer institutionellen und geographischen Zukunft konnten die Europäer ihrer Ansicht nach nur als Alternative zu den Vereinigten Staaten bestehen, indem sie den Anspruch erhoben, ein anderer und ein „besserer“ Westen zu sein, genauso erfolgreich und demokratisch wie Amerika, aber sozial und wirtschaftlich weitaus menschlicher. Dies ist ein weitgehend idealisierendes Selbstporträt, und es erfasst nicht das Versagen von Gesellschaft, Familie und Staat, wie es am besten zum Ausdruck kommt in den Folgen der Hitzewelle in Frankreich im Sommer 2003, als fast 15 000 alte Menschen zu einem „vorzeitigen“ Tod verurteilt wurden.

Doch die Europäer verstehen sich nach wie vor als der Westen ohne Todesstrafe, als der Westen, dessen Lebensart am besten zum Ausdruck kommt in der „weichen Macht“ der Reife eines ausgezeichneten Camemberts, begleitet von einem Glas Bordeaux-Wein – eine Art Einstellung nach dem Motto: „Ihr habt mehr Gewicht, ihr tut mehr, aber wir sind mehr.“ Diese traditionelle Einstellung genießt jedoch kaum noch Ansehen bei den amerikanischen Eliten, die all-

mählich ihren „kulturellen“ Minderwertigkeitskomplex im Hinblick auf Europa verloren haben. Diese Eliten wissen ganz genau, dass ihre Spitzenuniversitäten die besten der Welt sind. Wohin gehen die besten Studenten aus China zur Ausbildung wenn nicht nach Harvard, Yale, Princeton? Und kann es der kalifornische Wein nicht mit dem französischen Médoc aufnehmen?

In den frühen siebziger Jahren war der europäische Antiamerikanismus eine Reaktion auf das, was die Vereinigten Staaten taten, also etwa Vietnam oder Kambodscha bombardieren. Der heutige Antiamerikanismus ist zu großen Teilen eine Reaktion auf das, was die USA sind, und nicht so sehr auf das, was Amerika tut, beispielsweise Irak angreifen und befreien. Der Unterschied zwischen der französischen Wahrnehmung Amerikas und derjenigen des restlichen Europas ist mehr eine Sache des Stils und der Nuancen als eine Sache des Inhalts. Eine Mehrheit der Europäer, nicht nur die Franzosen, neigte dazu, Amerika vor dem Beginn des letzten Golf-Kriegs zu verurteilen. Der französische Staatspräsident, Jacques *Chirac*, sprach gewiss nicht im Namen der Mehrheit der europäischen Regierungen, als er sich so spektakulär der amerikanischen Kriegsstrategie widersetzte, aber er befand sich im Einklang mit der Mehrheit der öffentlichen Meinung in Europa, des „neuen“ Europa ebenso wie des „alten“ Europa, wahrscheinlich sogar in Großbritannien. Die einzige Ausnahme ist wahrscheinlich Rumänien gewesen, wo man Saddam *Hussein* gut mit Nicolae

Ceausescu vergleichen konnte. Einige führende europäische Intellektuelle wie Jürgen *Habermas* und Jacques *Derrida* sahen denn auch in den Antikriegsdemonstrationen in Europa den Beweis für das Entstehen einer echten europäischen Zivilgesellschaft, die es allerdings unglücklicherweise einfacher findet, sich gegenüber den Vereinigten Staaten negativ zu definieren als sich im Namen eines eindeutigen Projekts im Hinblick auf Europa positiv zu definieren.

Wiedererfindung des Westens

Warum etwas neu entstehen lassen, was vielleicht nur für knapp 50 Jahre einen künstlichen Augenblick der Geschichte darstellte, eine Konsequenz aus dem Selbstmord Europas und dem damit verbundenen Aufstieg der Sowjetunion? Man kann nicht davon träumen, Bedingungen wieder zu erschaffen, die es nicht mehr gibt. Wie die NATO, ihre spektakulärste Verkörperung, werden die transatlantischen Beziehungen auch weiterhin eine gewisse Existenzberechtigung haben, doch sie werden, wie es in einem bekannten Werbespot heißt, „die Farbe des Westens, den Geschmack des Westens haben, aber sie werden nicht der Westen sein“. Die Erinnerung an die Vergangenheit wird bleiben, aber es wird die Anerkennung sein, die man einer sehr respektablen, sogar bewunderten lange zurückliegenden Wirklichkeit zollt. Die Gräber gefallener amerikanischer Soldaten werden weiter mit Blumen ge-

schmückt, Reden werden weiter gehalten, wir werden Lippenbekenntnisse ablegen zu Soldaten von *Lafayette* bis zu General *Marshall*, doch die Erkenntnis, dass die transatlantischen Beziehungen immer noch eine besondere Bedeutung haben oder dass die westliche Identität nach wie vor ein nützliches Werkzeug darstellt, um mit den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft fertig zu werden – diese Erkenntnis wird fehlen.

Ich glaube indes, dass eine enge und relativ harmonische Beziehung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nicht nur für beide Seiten des Atlantiks, sondern für die ganze Welt wichtig ist. Von Washington aus ist es ziemlich einfach, mit einer Mischung aus Indifferenz, Mitleid und gering-schätzigem Paternalismus auf Europa zu blicken. Durch ihre Reden ebenso wie durch ihre Taten oder, um genauer zu sein, durch ihr Nichtstun insbesondere auf dem Gebiet der Sicherheit scheinen die Europäer – mit ein paar bemerkenswerten Ausnahmen – geradezu versessen darauf zu sein, Amerikas negatives Urteil über sie zu bestätigen.

Doch trotz des gegenwärtigen Schauspiels, das die Europäer von sich selbst bieten, braucht Amerika Europa dringend, wenn auch nicht notwendigerweise aus den Gründen, die es nennt. Washington tendiert heute dazu, je nach dem Ausmaß seiner diplomatischen Vorliebe, die Rolle der Europäer als sein Hilfssheriff oder seine Putzfrau besonders zu betonen! „Amerika kämpft, Europa zahlt, die Vereinten Nationen füttern“ – eine perfekte Arbeitsteilung entsprechend

dem jeweiligen Nutzen der einzelnen Parteien. Gegenwärtig scheint das Motto der Amerikaner zu lauten: Wir machen die „harte“ Arbeit, weil wir über die entsprechende Macht verfügen; ihr helft uns dann bei der Erledigung der Arbeit danach, weil ihr nicht über die Mittel verfügt, etwas anderes zu tun.

Das Problem einer derart holzschnittartigen Sicht besteht darin, dass sie weder den Realitäten in der Welt und vor allem im Nahen Osten entspricht, noch dem eigentlichen Wesen Amerikas, d.h. eines Landes, das viel weniger Geschmack an militärischen Abenteuern findet, als Robert *Kagan* anzunehmen scheint. In unserer komplexen, globalen und interdependenten Welt sind „hard power“ und „soft power“ mehr und mehr miteinander verflochten und klare Trennungslinien zwischen dem, was „militärisch“ und dem, was es nicht ist, verschwinden. Worin besteht die Bedeutung von absoluter militärischer Überlegenheit, wenn klassische Merkmale wie Territorien, Grenzen und reguläre Armeen immer bedeutungsloser werden und wenn die Technologie es nicht schafft, mit Gefühlen fertig zu werden, wie es in Irak fast täglich bewiesen wird?

Deshalb brauchen die Vereinigten Staaten ihre europäischen Freunde, und das nicht nur wegen der Qualität ihrer nachrichtendienstlichen Netzwerke, der Bedeutung ihrer Polizei, der Professionalität ihrer Antiterrorjustiz oder ihrer Bereitschaft, sich bei humanitären Einsätzen, ja sogar auch bei militärischen Einsätzen zu engagieren.

Notwendige Symbiose

Zu einem beträchtlichen Teil ist Europa der beste Schutz der USA vor ihren eigenen inneren Fehlern, neoisolationistischem Narzissmus und arroganter Unkenntnis dessen, was „Anderere“ fühlen und denken. Um wirklich in einem positiven, konstruktiven, „republikanischen“ Sinn internationalistisch bleiben zu können, braucht Amerika Europa. Europa verkörpert die Bindung der USA an die besten Seiten seiner Vergangenheit. Vom negativen wie vom positiven Standpunkt aus muss Amerika seine besondere Bindung an seine europäischen Wurzeln erhalten, damit es sich die Quellen seines einzigartigen Internationalismus lebendig erhält und nicht der Versuchung eines billigen „imperialen Modells“ anheim fällt. Wie wollen die Amerikaner Idealismus erreichen ohne Selbsttäuschung, wie Realismus ohne Zynismus, wenn sie ihre Verbindungen zu Europa vergessen?

Die Amerikaner waren in Bestform, als sie sich in ihrer Gründerzeit bemühten, antieuropäisch zu sein und sich selbst als die Zukunft sahen, als einen Aufbruch aus einem von religiösen Vorurteilen und fortgesetzten Kriegen beherrschten Europa. Und die Amerikaner waren ebenfalls in Höchstform, als sie im vergangenen Jahrhundert zwei Mal nach Europa kamen, um es im besten Sinne der Aufklärung und des Internationalismus zu retten. Die Spuren dieser Vergangenheit auszulöschen würde bedeuten, die Herangehensweise der Vereinigten Staaten an die Außenwelt in Gefahr zu bringen.

Auch in anderer Hinsicht brauchen die Amerikaner Europa. Das einstige koloniale, imperiale Experiment Europas ist lebenswichtig für Amerika, damit es nicht alle Fehler wiederholt, die Europa gemacht hat, vor allem diesen Fehler: „Du solltest nicht festlegen, was gut ist für andere, ohne sie zu beteiligen.“ Was Entschlossenheit angeht, könnten die Amerikaner den Europäern wiederum etliche Nachhilfestunden geben, aber die Europäer können den Amerikanern sicher einige Lektionen in Bezug auf „Komplexität“ erteilen. Letzten Endes wäre die Welt, so wie sie sich demographisch und strategisch entwickelt hat, für die Amerikaner ohne die Unterstützung und ohne die Kritik der Europäer ein ziemlich einsamer Ort.

Eine multipolare und von der beispiellosen Überlegenheit der Vereinigten Staaten weniger dominierte Welt würde wahrscheinlich eine bessere Bühne für das internationale System abgeben. Aber im Gegensatz zu der Annahme vieler Europäer wäre eine Welt ohne ein machtvolles, internationalistisches Amerika ein noch viel unordentlicherer und gefährlicherer Ort. Gestern verkörperten die Vereinigten Staaten die einzig gültige Lebensversicherung für die Länder des Westens und das beste Ticket für die „entführten Europäer“ bei ihrem Traum, eines Tages nach Europa „heimzukehren“ – ein Prozess, den man besser mit dem Wort Wiedervereinigung statt mit dem Wort Erweiterung hätte umschreiben sollen. Der Prozess der europäischen Aussöhnung wurde durch die Vereinigten Staaten ermöglicht. Es war nicht so,

wie Robert *Kagan* schreibt, dass „amerikanische Macht es den Europäern ermöglichte zu glauben, dass Macht nicht mehr wichtig sei“. Eine solche harsche Schlussfolgerung passt nicht auf Großbritannien und auf Frankreich und spiegelt nicht die Achtung wider, die die meisten Europäer für Amerikas Macht empfinden, eine Macht, die sie nicht im Traum erreichen werden. Aber ohne die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa hätte gestern der europäische Kontinent sehr wohl wiedervereint werden können – durch Furcht statt durch Hoffnung, durch Zwang statt durch freie Wahl.

Heute, in einer Welt, die zumindest genauso gefährlich ist, in der die Bedrohungen aber viel mannigfaltiger sind, bleibt die Existenz eines starken, internationalistischen Amerikas für Europa von lebenswichtiger Bedeutung. Europa könnte seine postmoderne Vision der Geschichte in einer weitgehend prämodernen Welt nicht umsetzen, wenn es Amerika nicht gäbe. Das von Europäern oft vorgebrachte Argument, dass sie Amerikas Überlegenheit an „hard power“ ausgleichen würden durch ihre Vormachtstellung bei „soft power“, ist falsch und ruft bei den Amerikanern sicherlich ironische Irritation hervor. Die Europäer können sich aus eigenem Interesse nicht völlig auf die militärische Macht der USA verlassen, wenn sie von Washington politisch ernst genommen werden wollen; sie können aber auch nicht davon träumen, ein europäisches Projekt als Alternative zu den Vereinigten Staaten zu realisieren. Der gar nicht so

heimliche Traum der Franzosen ist ein Alptraum für die Mehrheit der Regierungen des „neuen“ Europa der 25. Er spaltet Länder wie beispielsweise Frankreich und Polen zutiefst, und dies aus einer Reihe von Gründen, darunter das Gefühl physischer Unsicherheit angesichts der historischen und geographischen Nähe zu Russland, und wegen der Überzeugung aller neuen Mitglieder der Europäischen Union, dass es Europa unter Sicherheitsaspekten in der vorhersehbaren Zukunft nicht geben wird. Auch ist Europa als eine „Macht“ im Gegensatz zu Europa als „Freihandelszone“ nicht denkbar ohne die Teilnahme Großbritanniens; ein solches Europa kann nicht geschaffen werden gegen Amerika. Tatsächlich könnte Großbritannien sich eines Tages als ideale Brücke zwischen Amerika und Westeuropa erweisen.

Im Grunde bedeutet Amerika, jenseits aller Sicherheitsüberlegungen, für die Bürger Europas das Gleiche, was es für die Bürger der ganzen Welt bedeutet: ein Land der Möglichkeiten, ein Land der vorzüglichen Leistung, an dem das eigene Land zu messen ist, ein Land des erfolgreichen Individualismus, ein Land mit weitgehend integrierten Einwanderern, ein Land der Flexibilität. Die Europäer können sich nicht von den Vereinigten Staaten lösen, ohne sich von einem Teil ihrer Selbst zu verabschieden, denn Amerika ist immer noch die Verkörperung sowohl ihrer schlimmsten Alpträume als auch das Land ihrer kühnsten Träume. Vor allem anderen bleibt Amerika für die Europäer ein Anreiz, sich selbst zu

übertreffen, und dies im besten Sinne eines sportlichen Wettbewerbs.

Bedeutung für die Welt

Die Existenz eines Westens oder von zwei westlichen Teilen, die harmonisch zusammenarbeiten, ist auch von Vorteil für den Rest der Welt. Man sollte natürlich nicht mit dem Gedanken spielen, die „Mission zur Zivilisierung“ des europäischen Westens wieder aufleben zu lassen. Das wäre ebenso anachronistisch wie der Versuch einiger amerikanischer Strategen, im Stil des 19. Jahrhunderts klassische Spiele des Gleichgewichts der Kräfte wieder auf die Bühne zu bringen. In der heutigen Welt ist der Westen gleichzeitig viel weniger und viel mehr, als er es gestern war. Demographisch ist der Westen natürlich geschrumpft, denn die Hälfte der Menschheit kommt aus Asien und, wie man hinzufügen könnte, aus einer nichtmonotheistischen Welt. Die einzige monotheistische Religion, die auf der Welt im Vormarsch ist, ist der Islam. Auf wirtschaftlichem Gebiet kommen die entstehenden Riesen ebenfalls aus Asien.

Doch politisch, kulturell und natürlich strategisch oder militärisch bleibt der westliche Einfluss immens. Möglicherweise wissen Amerikaner und Europäer nicht mehr, was das Konzept des „Westens“ für sie bedeutet. Der Rest der Welt jedoch weiß es, und er unterscheidet nicht notwendigerweise zwischen einem amerikanischen und einem europäischen Westen, auch wenn Amerika größere Er-

wartungen auf sich zieht, auch heftigere Ablehnung, wenn nicht gar Hass.

Von außen betrachtet mag der Westen die Reichen umfassen, vielleicht auch nur die Weißen, die alten (europäischen) und die neuen (amerikanischen) Imperien. Er ist vielleicht auch gleichbedeutend mit Selbstgefälligkeit, einem Gefühl der Überlegenheit, arroganter Selbstgerechtigkeit und demokratischem Imperialismus. Doch wenn man bedenkt, dass das internationale System transformiert und die internationalen Institutionen reformiert werden müssen, wenn man von der Notwendigkeit überzeugt ist, dass die Stolpersteine der Souveränität, gleichgesetzt mit einem frustrierten Identitätsgefühl, aus dem Weg geräumt werden müssen, so kann dies alles nicht erreicht werden ohne die Einigkeit des Westens. Denn letztendlich hat nur „der Westen“ ein echtes Gefühl der Verantwortung für den Rest der Welt. Denn er ist noch immer Träger einer Botschaft, die die Achtung des Rechtsstaats, die Förderung der Demokratie und einen Sinn für moralische Pflicht verbindet mit dem Erbe der Vergangenheit wie auch mit einem Gefühl der Verantwortung für die Zukunft. Es ist bestimmt nicht China, das sich verantwortlich fühlen wird für den afrikanischen Kontinent.

Nur der Westen hat noch den Wunsch, die Mittel und die Möglichkeiten, sich im Nahen und Mittleren Osten einzuschalten, dem er geographisch und emotional so nahe ist: natürlich, um seine wirtschaftlichen Interessen zu sichern, aber auch auf

Grund der Erkenntnis, dass das Leben im Westen niemals sicher und „normal“ sein könnte, wenn die gegenwärtige Mischung aus Despotismus, Ungerechtigkeit und Hass im Nahen und Mittleren Osten weiter bestehen sollte. Einige Regime ziehen wahrscheinlich kurzfristigen Nutzen aus der Teilung des Westens, jedoch bestimmt nicht die Menschen in der Region, die etwas Besseres verdient haben und nur Nutzen ziehen können aus der Einwirkung eines so gut wie möglich „vereinten“ Westens. Der Rest der Welt hätte keinerlei Nutzen vom Export unserer Streitereien. Einige in Europa, insbesondere in Frankreich, träumen vielleicht davon, den Rest der Welt gegen die Vereinigten Staaten zu eilen. Doch das ist eine gefährliche Illusion, die Zuspruch und Popularität in Beirut, Damaskus oder Tripolis ernten kann, die jedoch die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Ländern nicht ernsthaft berührt. Ein geteilter Westen wäre möglicherweise den falschen Regimen angenehm; die richtigen und notwendigen Veränderungen würde er jedoch nicht bewirken.

Die Ausweitung der Zone des Friedens, der Demokratie und des Wohlstands – gleichbedeutend mit dem Westen – auf andere Kontinente kann sich nur vollziehen in einem Verfahren mit Stellvertretern, wobei jeder Teil des Westens jeweils die Hauptverantwortung trägt für die Zone, die ihm historisch und geographisch am nächsten liegt.

Um eine Beziehung, die von gegenseitigem Nutzen und von Vorteil für die Welt als Ganzes ist, wieder zu finden, müssen sich Amerikaner und

Europäer auf drei Maßnahmenkategorien konzentrieren:

- was sie einander nicht antun sollten;
- was sie voneinander lernen sollten;
- was sie gemeinsam tun sollten.

Wiedererfindung – wodurch?

Der Krieg der Worte zwischen beiden Seiten des Atlantiks ist weitgehend zum Erliegen gekommen, sogar zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich; die politischen Eliten in beiden Ländern haben wohl erkannt, dass sie zu weit gegangen sind. Doch obgleich die öffentlichen Äußerungen zurückhaltender sind, haben die Gedanken und die Gefühle sich nicht wirklich geändert. Falsche Wahrnehmungen des anderen, wenn nicht sogar absichtliche und manipulierte Verzerrungen von Fakten und Empfindungen gibt es immer noch.

Auf amerikanischer Seite sollte man der neokonservativen Machtbesessenheit und dem Missverständnis, was es mit einer Welt im Sinne von Immanuel *Kant* auf sich hat, und der oftmals legitimen Anprangerung von Europas Schwäche nicht zu viel Aufmerksamkeit schenken. Weit ernster zu nehmen und wirklich schädlich ist die amerikanische Neigung, Europas Vergangenheit gegen Europas Gegenwart und Zukunft ins Feld zu führen, als ob „München“ oder, noch schlimmer, „Vichy“ an der nächsten Ecke lauerten, gleichsam, als ob Europa für immer der Kontinent des Betrugs und des Antisemitismus bleiben müsse.

Die Veröffentlichung von voreingenommenen und übertriebenen Darstellungen in weit verbreiteten Magazinen wie *Vanity Fair* ist zutiefst gefährlich. Antisemitische Vorfälle in Ländern wie Frankreich entsprechen nicht der tatsächlichen Lage des französischen Staates wie zu Zeiten von Vichy, sie sind auch nicht wie in der Vergangenheit Ergebnis eines christlichen Europas. Diese kriminellen Taten sind eine direkte Konsequenz der aus dem Nahen Osten kommenden Bilder auf eine arabisch-muslimische Bevölkerung, die zu einem großen Teil aus dem Maghreb stammt, eine Gemeinschaft, die erfolgreich zu integrieren Frankreich versäumt hat. Das hat nichts mit Europas Vergangenheit zu tun.

Auf der gleichen Linie liegt das Aufkommen von populistischen, rechts-extremen oder auch linksextremen Gestalten wie José Bové in Ländern wie heute Frankreich und Belgien oder gestern Österreich, was die Amerikaner nicht zu der Annahme veranlassen sollte, dass die dreißiger Jahre zurückgekommen sind. Es gibt eine parallele und gleichermaßen gefährliche Tendenz auf beiden Seiten des Atlantiks, der man widersprechen muss und die darin besteht zu glauben, dass die Juden in Europa die Opfer und in Amerika die dominierende Einflussmacht seien. Keine von beiden Behauptungen trifft zu. Vorurteile und Diskriminierung richten sich in Europa in erster Linie gegen Muslime, und die jüdische Macht in Amerika muss sehr relativ gesehen werden.

Dem europäischen Kontinent mit falschen Vermutungen oder auch aus

zynischem Kalkül das Recht abzusprechen, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten eine Rolle zu spielen, ist eine Sache; künstliche Konzepte zur Teilung Europas ins Spiel zu bringen, ist eine andere – beide stellen eine negative Aussicht für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen dar. Die von Donald Rumsfeld vorgenommene Unterscheidung zwischen dem „neuen“ und dem „alten“ Europa ist nicht nur intellektuell schematisierend und falsch, sie ist auch politisch anstößig. In historischer Sicht besteht das „neue Europa“, folgt man der amerikanischen Logik der Aussöhnung aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, aus dem „deutsch-französischen Europa“. Ganz Europa bemüht sich, diesen Weg zu gehen, ohne dieses Maß an Reife bisher erreicht zu haben. Aus dieser Sicht liegt das „alte Europa“ immer noch auf dem Balkan oder im „östlichen“ Teil Europas, in der Ukraine, in Weißrussland und Russland. Denn dieser Teil Europas ist noch nicht mit sich selbst ausgesöhnt, er ringt nach wie vor um demokratischere Institutionen und um eine klare Vorstellung davon, was seine Ziele und Grenzen sind. Die Annahme, das einzige Kriterium für Modernität, d.h. die Definition eines „neuen Europa“, sei der Stand der Beziehungen zu Washington, kann eigentlich nur Ausdruck einer irregeleiteten Form von amerikanischem Narzissmus sein.

In ihren Beziehungen zum europäischen Kontinent müssen die Amerikaner zu der Erkenntnis kommen, dass ein starkes, vereintes und vertrauenswürdiges Europa in ihrem Interesse liegt. Polen gegen Frankreich

auszuspielen mag auf kurze Sicht erfolgreich sein, auf lange Sicht aber wird es negative Folgen haben. Je weniger Europa sich seiner Selbst sicher ist, desto mehr wird es als Ganzes den Vereinigten Staaten misstrauen und sie ablehnen. Je zersplitterter und ohnmächtiger Europa ist, desto nutzloser wird es für Washington sein.

Auf Seiten Europas ist die Einstellung gegenüber Washington zu einem Hindernis für den ohnehin schwierigen Integrationsprozess geworden, der gegenseitige Verdächtigungen innerhalb Europas selbst hervorruft; es ist ein Lähmungsprozess. Europa kann nicht dauernd beschrieben werden als die beste Möglichkeit, den Vereinigten Staaten zu widersprechen und ihnen entgegenzutreten. Angesichts des gegenwärtigen Zustands Europas und der Bedeutung der transatlantischen Beziehungen ist dies für die meisten europäischen Regierungen weder ein erreichbares noch ein wünschenswertes Ziel. Es ist leider so, dass der in den meisten europäischen Ländern vorhandene impulsive, populäre Anti-amerikanismus auf Regierungsebene noch ermutigt wird, zumindest in einigen Teilen des Kontinents. Dieser Prozess ist weit davon entfernt, harmlos zu sein, und dazu tragen natürlich in hohem Maße der Stil, das Auftreten und das Handeln der Regierung *Bush* bei. In Europa hatten vor drei Jahren einige sogar auf einen Sieg *Bushs* gehofft mit der Begründung, dass der „schlimmste“ Kandidat gewinnen sollte, damit die Sache für die Europäer klar sei! Dann würde sich das „wahre Amerika“ entlarven und nicht das von Atlantikern gewünschte Amerika.

Diese negative und herabsetzende Sicht entspricht dem verzerrten Bild, das die Amerikaner von Europa haben. Für viele Europäer ist Amerikas Vergangenheit und Zukunft befleckt durch das gegenwärtige amerikanische Auftreten, gleichsam als gäbe es „kein Leben nach *Bush*“ oder als ob die konservativsten ideologischen, religiösen und nationalistischen Elemente der Regierung *Bush* das Einzige wären, was es gibt oder was eine Rolle spielt. Die Tendenz auf beiden Seiten, vom anderen nur die extremsten Äußerungen zu nutzen, ist das schädlichste Charakteristikum der letzten Monate gewesen und muss zukünftig vermieden werden.

Natürlich ist die Überwindung des Krieges der Worte nicht ausreichend, um eine gesunde transatlantische Beziehung wieder erstehen zu lassen. Wir werden uns auch darauf konzentrieren müssen, was wir voneinander lernen können und sollten, was wir gemeinsam tun können und ob nicht neue institutionelle Mechanismen geschaffen werden müssen, um den wachsenden Unterschied zwischen unseren jeweiligen Analysen der weltweiten Herausforderungen und des besten Weges, um mit ihnen fertig zu werden, zu reduzieren.

Voneinander lernen

Auf lange Sicht sind die Haupt-herausforderungen, denen sich Europa und die Vereinigten Staaten gegenüber sehen, unterschiedlicher Natur, aber beide betreffen die Beziehungen zu „anderen“, und keine die-

ser Herausforderungen kann ohne die Erfahrungen des jeweils anderen bewältigt werden. Eine der größten Herausforderungen, denen sich Europa gegenüber sieht, ist die Zuwanderung. Angesichts seiner demographischen Entwicklung kann Europa seine wachsenden Aufgaben nicht erfüllen ohne den Zufluss von frischem Blut. Es gibt in Europa heute einen absoluten Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen, rationalen Notwendigkeit, mehr Zuwanderer aufzunehmen, und ihrer negativen, emotionalen Zurückweisung. Natürlich hat sich der Charakter der Zuwanderer gewandelt. Gestern bestand ihre Erwartung darin, den Traum des Landes mit zu träumen, in das sie gekommen waren, um zu arbeiten. Heute möchten sie sie selbst bleiben und ihre Unterschiede bewahren, wenn sie nicht sogar in einer herausfordernden Weise in den Ländern zu kultivieren, die sie aufnehmen.

Wenn es den amerikanischen Traum noch irgendwo gibt, dann bei den Zuwanderern, die selbst nach dem 11. September und der Verschärfung der amerikanischen Gesetze weiter versuchen, in die USA zu kommen. Die erfolgreiche Integration von spanischsprachigen Zuwanderern in den Vereinigten Staaten ist das letzte Beispiel für Amerikas erfolgreiche Praxis. Eigentlich sollte es einen „europäischen Traum“ für Zuwanderer geben, so wie es einen „amerikanischen Traum“ gibt. Europa sollte von dem amerikanischen Integrationsmodell lernen und nicht an Modellen kleben, die nicht mehr funktionieren.

Die amerikanische Herausforderung ist anderer Art, aber auch bei ihr handelt es sich um das Verhältnis zum „anderen“, nicht den anderen, der zu einem kommen will, sondern der andere, der in seinem eigenen Land umgeformt werden soll. Auf Grund ihrer einzigartigen Verbindung von Überlegenheit und Verletzlichkeit haben die Vereinigten Staaten mehr und mehr die Aufgabe übernommen, die Welt zu verändern, eine imperiale Aufgabe, für deren Erfüllung sie auch von den kolonialen Erfahrungen der Europäer, von deren Fehlschlägen wie deren Erfolgen lernen müssen. In der Tat muss jede Seite sowohl aus der Vergangenheit wie aus der Gegenwart des anderen lernen. Dies erfordert die Bereitschaft, Wissen durch Studieren zu erwerben und auf Vorurteile zu verzichten – genau das Gegenteil von dem, was heute vorzuherrschen scheint, nämlich Ignoranz und negative Klischees.

Kurz gesagt, Europa sollte von Amerikas Ehrgeiz lernen, und Amerika sollte profitieren von europäischer Bescheidenheit. Amerika träumt noch immer und es lässt andere Menschen träumen, auch wenn amerikanische Träume bisweilen für andere Menschen Alpträume sind. Amerika ist beseelt von einem richtigen „revisionistischen Instinkt“, der gemäßigt werden muss durch Europas berechnete Vorsicht. Europas postmodernes Gefühl im Hinblick auf die Grenzen der Macht und Europas nachgetragene Überlegungen seiner Kolonialerfahrungen werden von den Amerikanern dringend benötigt, wenn sie einen neuen „irakischen

Sumpf“ vermeiden wollen, wo immer auf der Welt sie intervenieren werden. „Verantwortungsbewusster Revisionsismus“ – der bisweilen „muskulösen“ Reformismus durchaus einbeziehen kann – kann nur erreicht werden, wenn Amerikaner und Europäer gemeinsam denken und planen. Der Streit über Unilateralismus und Multilateralismus wird weit gehend künstlich bleiben, wenn er lediglich dazu dient, Europas Weigerung zu handeln oder Amerikas Weigerung, seine Verbündeten zu konsultieren, zu verdecken. Die Amerikaner entdecken die Grenzen militärischer Macht von sich aus, während die Europäer erkennen, dass es ohne ein Minimum an „hard power“ schwierig ist, „soft power“ in wirklichen Einfluss umzuwandeln.

Amerikaner und Europäer gemeinsam

Prinzipiell sollten wir uns in den kommenden Monaten und Jahren darauf konzentrieren, unsere jeweiligen Analysen der wichtigen Fragen der Welt in Einklang zu bringen. Um gemeinsam zu handeln, müssen wir nicht gleich denken, aber wir müssen zumindest verstehen, wo der andere steht.

Die jüngste Irak-Krise erscheint im Rückblick wie eine „Tragödie der Irrtümer“, bei der jede Seite im entscheidenden Moment falsche Vorstellungen von dem hatte, was der andere sagen oder tun wollte. Die Amerikaner waren sicher, dass Frankreich es nicht wagen würde, von seinem Veto-

recht Gebrauch zu machen, während die Franzosen spät zu der Erkenntnis kamen, dass der Krieg unvermeidbar war. Natürlich hat das Fehlen eines echten europäischen Planungsstabs schon das Aufkommen eines gemeinsamen Verständnisses in Europa verhindert. Wie hätten die Amerikaner erkennen können, worüber die Europäer sich selbst nicht einmal im Klaren waren? Der zukünftige europäische Außenminister sollte ein echtes Zentrum für Analyse und Vorhersage zur Verfügung haben, dessen Verbindung zu seinem amerikanischen Amtskollegen institutionell geregelt werden sollte. In diesem Sinne sollten auch „Kontaktgruppen“ zur Behandlung der großen neuen Herausforderungen, denen sich Europa und die Vereinigten Staaten gegenüber sehen, gebildet werden. Transatlantische Kontaktgruppen etwa zu den Themen Iran oder Massenvernichtungswaffen wären nützlich. Unter anderem Namen existiert eine solche Zusammenarbeit hinsichtlich des internationalen Terrorismus, und sie scheint zu funktionieren. Warum sollte man solche Bemühungen nicht auch auf traditionelle, aber genauso wichtige Fragen ausdehnen?

Jenseits der institutionellen Mechanismen, die notwendig sind, damit „wir“ besser miteinander arbeiten können, stellt sich die Frage der Auswahl von Problemen, auf die wir uns konzentrieren sollten. In einem ausgezeichneten Aufsatz, voller Erkenntnisse und positiver Ergebnisse, mit dem Titel „Transatlantic Rift: How to bring the two sides together“ gibt Charles Grant, der Direktor des in

Großbritannien angesiedelten Center for European Reform, den Europäern und Amerikanern eine Reihe von Empfehlungen; einige davon sind sowohl für Europäer wie Amerikaner gültig.² Nach *Grants* Meinung sollten sie einvernehmlich die Behandlung der Weltwirtschaft von der Auseinandersetzung um Sicherheitsfragen trennen, eine gemeinsame Haltung zu Iran erarbeiten, Einverständnis bezüglich Massenvernichtungswaffen herstellen und die Prinzipien von Intervention diskutieren.

Im Folgenden möchte ich meine eigene Prioritätenliste vorstellen:

- Konzentration auf den Nahen Osten;
- Neugestaltung der Vereinten Nationen;
- Afrika nicht vergessen.

Der Nahe und Mittlere Osten

Es besteht eine absolute Dringlichkeit, uns mehr als bisher auf den Nahen und Mittleren Osten zu konzentrieren. Er war der Grund für unsere früheren und gegenwärtigen transatlantischen Spannungen; er sollte daher eine der Grundlagen für unsere Annäherung sein, weil keine langfristigen Lösungen in der Region erzielt werden können, wenn Amerika und Europa nicht gemeinsam handeln. Der Krieg in Irak hat fast zu einer Trennung zwischen Europas Gesellschaft und den Vereinigten Staaten geführt und viele Spaltungen in Europa selbst verursacht. Unsere gemeinsame Aufgabe besteht darin, das gegenwärtige

Dilemma in Irak und im Nahost-Konflikt als eine Gelegenheit zu nutzen, um wieder bessere transatlantische Beziehungen herzustellen. Die Zeit dafür ist reif, weil das Gefühl für die Dringlichkeit wächst. Amerika hatte Europa nicht nötig, um den Krieg gegen Saddam *Hussein* zu gewinnen; Amerika braucht aber die internationale Gemeinschaft und damit Europa, um den Frieden nicht zu verlieren. Die Amerikaner mögen aus eigener Machtvollkommenheit eine Vision davon haben, was im Nahen Osten zu tun ist, aber sie haben keine klare Strategie mehr, wie diese Vision in die Tat umgesetzt werden soll.

Die zunehmende Verschlechterung der Situation vor Ort zusammen mit der Eskalation selbstmörderischer Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt und das wachsende Chaos in Irak stellen sowohl eine Herausforderung wie auch eine Chance für die transatlantischen Beziehungen dar. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern wird zum Knotenpunkt der internationalen Beziehungen. Unter der gemeinsamen Führung von Ministerpräsident Ariel *Sharon* und des Vorsitzenden Yasser *Arafat*, einer Art teuflischen Paares, begehen die Völker Israels und Palästinas vor unseren Augen Selbstmord. Ihr Konflikt ist zu einem blutracheähnlichen Krieg geworden, dessen Zweck letztendlich darin besteht, in einem teuflischen Zyklus von Mord und Vergeltung das Blut des Anderen zu vergießen. Als Ergebnis dessen hofft eine zunehmende Zahl vornehmlich junger Menschen auf beiden Seiten, anderswo ein normales

Leben führen zu können. Israelis und Palästinenser müssen wie zwei verantwortungslose Kinder, die in der Nähe eines Ölfelds mit Streichhölzern spielen, von auswärtigen Mächten gestoppt werden, die ihnen eine Lösung aufzwingen, die zu finden und umzusetzen sie selbst nicht in der Lage sind. Beide Völker sind psychisch und physisch erschöpft. Beide müssten einen schwierigen Austausch von Sicherheit gegen Souveränität akzeptieren. Israel wurde gegründet, um den Juden Sicherheit zu geben, und dies in der Annahme, dass nur Juden dies wirksam tun könnten.

Könnte heute auch das Gegenteil richtig sein? Könnte eine Präsenz des Westens/der NATO, die sie von den Palästinensern trennt und die Umsetzung eines Friedensabkommens begleitet, von den Israelis als eine Sicherheitsgarantie empfunden werden, die ihre Regierung ihnen nicht länger bieten kann? Könnte eine solche Präsenz von einer Mehrheit der Palästinenser empfunden werden als ein Versprechen für Legitimität und Wohlstand? Im Nahen Osten gibt es, zumindest kurzfristig, keine Alternative zu einer Zwei-Staaten-Lösung, und nur eine Präsenz des Westens, nicht der Vereinten Nationen, wäre für die Israelis akzeptabel. Ein derartiger Vorschlag klingt heute vielleicht verfrüht und unrealistisch, er könnte aber morgen die einzige Alternative darstellen, falls ein neuer Zyklus der Gewalt unvorhersehbare Ausmaße erreichen sollte. Um seine eigene tiefe Trennung zu überwinden, sollte der Westen als solcher in Bagdad diskreter und in Jerusalem sichtbarer auftreten.

Die UN neu erfinden

Neben der geographischen Konzentration auf den Nahen Osten werden Amerikaner und Europäer ebenso registrieren müssen, dass sie dringend ein funktionierendes System der Vereinten Nationen benötigen. Von Irak bis Nordkorea kann ohne Beteiligung der Vereinten Nationen keine langfristige Lösung erzielt werden. Die Amerikaner können sich den Luxus nicht leisten, die UN zu ignorieren, und die Europäer sollten die UN nicht einfach als ein Werkzeug ansehen, um die Vereinigten Staaten zu stoppen, zurückzuhalten oder zu blockieren. Die Amerikaner werden, insbesondere nach ihrer Intervention in Irak, erkennen, wie sehr sie die Legitimität der UN brauchen.

Anstatt die Beschränkungen der UN als Alibi für unilaterales Handeln oder als ein Mittel, den Vereinigten Staaten die Zustimmung zu verweigern, zu nutzen, sollten Amerikaner und Europäer gemeinsam und ernsthaft über die bestmöglichen Wege nachdenken, wie eine Institution reformiert werden kann, die sich mit dem wachsenden Widerspruch konfrontiert sieht zwischen Legalität und Legitimität und mit der sich vertiefenden Kluft zwischen den Aufgaben und den Mitteln der UN, vor allem auf der Ebene des Generalsekretärs. Zu Beginn des Kalten Krieges und angesichts des heraufziehenden Korea-Krieges beschlossen die Amerikaner, diejenige Institution, die sie gerade geschaffen hatten, nämlich die NATO, mit Zähnen zu versehen.

Nun ist gleichermaßen die Zeit gekommen, um die UN mit Zähnen auszustatten. Militärische Interventionen werden auf Grund des Fehlverhaltens von gescheiterten Staaten oder von Schurkenstaaten mehr und mehr notwendig und legitim, und das Privileg des Nichtwissens haben wir in einer globalen, transparenten und interdependenten Welt verloren. Ob die Wiederaufrüstung der UN durch die Privatisierung militärischer Mittel (eine verlockende, aber zu riskante Lösung, denn was passiert, wenn die Söldner des Friedens sich schlecht benehmen?) oder auf die eher klassische intergouvernementale Art und Weise geschieht, sollte diskutiert werden. Klar ist, dass Amerikaner und Europäer gemeinsam das Völkerrecht einer Überprüfung unterziehen sollten, um die Pflicht zu humanitärer Intervention zu betonen.

Wenn die Amerikaner ihrem revisionistischen Instinkt folgen, werden sie schnell erkennen, dass sie weder die Lust noch die Legitimität besitzen, um die Aufgabe selbst zu übernehmen. Wenn die Europäer nach einer Antwort auf ihre Sorgen hinsichtlich des unilateralen Instinkts der Amerikaner suchen und dennoch die Notwendigkeit einsehen, sich von ihrer komfortablen Passivität zu verabschieden, werden sie nach dem selben Prinzip verfahren müssen.

Im jüngsten Irak-Krieg bestand die Schwäche der amerikanischen Position darin, mehr zu betonen, was das Regime *Saddam Husseins* der Welt antun könnte, und nicht, was er seinem eigenen Volk angetan hat. Die Schwäche der Europäer, die gegen den Krieg waren, bestand darin, dass sie er-

klären mussten, warum sie mit ihren vielfältigen Vorbehalten das Regime von *Saddam Hussein* an der Macht hielten. Um beide Positionen miteinander auszusöhnen, bedarf es zweierlei: eines Bündels von Prinzipien hinsichtlich der Frage, wie aus Legitimität Legalität wird, und der Mittel, um eine derartige Revolution in die Tat umzusetzen. Das wird sich nur machen lassen, wenn Amerikaner und Europäer in dieser grundlegenden Frage zusammenarbeiten. Das würde ich als „verantwortungsvollen Revisionismus“ im besten Sinne bezeichnen. Es bedeutet, supranationale Verantwortung und Macht an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übertragen: *Kofi Annan* war ein politisches Opfer des Krieges in Irak. Er sollte aus der gegenwärtigen Krise mit größerer Kraft und mit mehr Mitteln hervorgehen, und das im Interesse der internationalen Gemeinschaft insgesamt und der transatlantischen Beziehungen im Besonderen.

Um das Symbol des Rechtes – die Vereinten Nationen – mit den Realitäten der Macht – den Vereinigten Staaten – auszusöhnen, bedarf es der Hilfe eines Europas, das davon überzeugt ist, dass der revisionistische Instinkt der USA legitim, wenn auch gefährlich ist und dass die Welt nicht einfach als unveränderliche Selbstverständlichkeit angesehen werden kann.

Der Umgang mit Afrika

Es gibt einen vergessenen Kontinent, der wahrscheinlich alles repräsentiert, was in unserem interna-

tionales System schief gehen kann, von gescheiterten Staaten bis zur Verbreitung von schrecklichen Krankheiten wie AIDS. Der afrikanische Kontinent wäre ein besonders geeigneter Ort für eine enge Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Die transatlantischen Einstellungen zu Afrika sind weniger auseinander als zum Nahen Osten, und das Verhältnis zwischen beiden ist dort wahrscheinlich ausgewogener. Europa war in früheren Zeiten umfassend auf einem Kontinent engagiert, auf dem es immer noch über eine Mischung aus Wissen, Netzwerken und Erfahrung verfügt. Die Amerikaner sind in großen Teilen des Kontinents Neulinge, sie bringen aber ihr einzigartiges internationales Gewicht mit.

Afrika ist ein Kontinent, auf dem die neuen Prinzipien der Intervention erprobt werden können, weil es der Kontinent mit den meisten gescheiterten Staaten ist. Selbstverständlich schlage ich keine Rekolonialisierung des afrikanischen Kontinents vor, ebenso wenig die Schaffung neuer Einflussphären dort – ganz im Gegenteil. Kann der Westen sich neu erfinden, indem er beweist, dass seine wiedergewonnene Einheit Nutzen für andere mit sich bringt, dass eine neu belebte interventionistische Großzügigkeit einen Sinn hat? Die Rolle des „neuen Westens“ besteht nicht darin, Mutter *Theresa* zu spielen in einer nach wie vor durch die Konfrontation von Machtansprüchen beherrschten Welt. Es wäre aber gleichermaßen töricht, zu zynisch zu denken. Der Westen kann nicht indifferent bleiben angesichts des immensen Leidens des

afrikanischen Kontinents; das hätte für ihn weit reichende Konsequenzen. Ich gehe von der Annahme aus, dass man auf dem afrikanischen Kontinent eine einzigartige Verbindung antrifft von absoluter Notwendigkeit und größerer Machbarkeit, ein Beispiel auch für das Bemühen, mehr zu tun als nur Lippenbekenntnisse hinsichtlich der Entwicklungshilfe abzulegen. Denn mehr als irgendwo sonst trifft der Westen in Afrika auf den Süden und sieht sich konfrontiert mit seiner größten symbolischen Aufgabe, nämlich die Ungleichheiten zu reduzieren, die so schnell zu Verzweiflung und Wut führen können.

Schlussfolgerungen

Der wesentliche Grund für uns, uns zu einigen, besteht in der negativen Entwicklung des Restes der Welt. Unsere Methode, dies zu tun, besteht darin, uns mit dem Rest der Welt zu befassen. Gestern waren wir vereint aus negativen Gründen, in der gemeinsamen Abwehr des sowjetischen Expansionismus. Heute und besonders nach dem 11. September ist die Versuchung immer noch groß, nach einem gemeinsamen Feind, nach gemeinsamen Bedrohungen zu suchen, um uns zu vereinen. Was wird morgen geschehen, wenn wir uns anderen Akten des Megaterrorismus gegenüber sehen? Doch die Versuche, den Westen einmal mehr über rein negative Begriffe oder mit vagen Bezügen auf Demokratie und Menschenrechte zu definieren, haben vielfach Uneinigkeit gestiftet. Isla-

mischer Fundamentalismus, internationaler Terrorismus und Massenvernichtungswaffen – sie alle haben nicht dieselbe einigende Klarheit wie gestern die sowjetische Bedrohung. Denn wir haben unterschiedliche Ansichten hinsichtlich des Weges, um ihnen zu begegnen. Außerdem haben wir uns grundlegend geändert und unser Vertrauen in die Werte unseres demokratischen Systems ist erschüttert worden.

Die gegenwärtige Herausforderung für uns besteht darin zu erkennen, dass wir tatsächlich verschieden sind, dass wir offenbar unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Gefühle und natürlich unterschiedliche Mittel haben. Doch wir müssen die Überzeugung haben, dass wir gemeinsame Ziele haben müssen, die nur erreicht werden können, wenn wir zusammen gehen, denn letztendlich haben wir gemeinsame Werte. Sollte es vollkommen unmöglich sein, positive Gründe für die Zusammenarbeit zu finden und die Herausforderung nicht im Sinne der Bedrohung, sondern im Sinne der Leistung zu definieren? Sollten unsere jeweiligen Spitzenpolitiker zu zynisch, zu engstirnig in ihren einzig selbstbezogenen politischen Visionen sein, um derartige Ziele zu verfolgen? Oder sollte die Welt so komplex geworden sein, dass man nicht erkennen kann, dass es realistisch ist, moralisch zu sein, und töricht, zu zynisch zu sein?

Aus dieser Sicht ist vielleicht eine Verknüpfung der internationalistischen Prinzipien von Woodrow *Wilson*s Amerika mit der vernünftigen postkolonialen Erfahrung Europas

genau das, was die Welt heute braucht. Es ist genau das Gegenteil von dem, was wir heute sehen, nämlich ein Rollentausch zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. In dieser Sicht hat Amerika in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts die Bismarcksche Geschichtsphilosophie praktiziert, die das späte 19. Jahrhundert bestimmt hat, während die Europäer so dastehen wie amerikanische Internationalisten des 19. Jahrhunderts. Doch dieser Rollentausch ist schlecht für Beide. Bei seiner Entdeckung „Bismarcks“ wird Amerika nicht gemäßigt durch die lange Erfahrung des Umgangs mit einer Welt des Gleichgewichts der Kräfte, während die Europäer in einer postmodernen Welt leben, allerdings ohne den starken Idealismus der Amerikaner und ohne deren nachdrücklichen Anspruch, die Welt zu verändern. Die schlimmste vorstellbare Entwicklung wäre, wenn Amerika sich in ein „großes Preußen“ verwandeln würde, jedoch ohne einen *Bismarck* an der Spitze, und wenn Europa zu einer „großen Schweiz“ werden würde, einem selbstsüchtigen, wohlhabenden, provinziellen und weitgehend irrelevanten Staatswesen, dessen Neutralität im Wesentlichen passiv und eigennützig ist.

In den fünfziger Jahren, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, träumte Großbritannien unter Premierminister Harold *MacMillan* davon, eine Art von Athen für das neue Rom, die Vereinigten Staaten, sein zu können. Im Ergebnis verpasste Großbritannien die Abfahrt des europäischen Zuges und hatte verschwindend geringen Einfluss auf Amerika.

Im Gegensatz dazu besteht die Rolle eines vereinten Europas heute darin, den USA gegen ihre eigenen Feinde im Innern zu helfen und sie vor der Gefahr zu bewahren, dass die starke und selbstsichere amerikanische Republik zu einem schwächlichen und arroganten Imperium wird. Um ein solches Szenario zu verhindern, müssen wir zusammen gemeinsame positive Ziele definieren. Das bedeutet Führungskraft und politischen Willen auf beiden Seiten des Atlantiks und die feste Entschlossenheit, natürliche Vorurteile und die negative Dialektik zwischen Unterlegenheits- und Überlegenheitskomplexen zu überwinden.

Weil sie heute „weniger“ sind, werden die Europäer mehr tun müssen.

Wenn sie nicht wesentlich mehr auf dem Gebiet Sicherheit tun, werden die Europäer von den Vereinigten Staaten nicht ernst genommen werden; sie müssen sich dann selbst dafür verantwortlich machen, wenn ihre Irrelevanz in Wut auf die Vereinigten Staaten umschlägt, denn das würde zu einem Spiegelbild ihrer eigenen Ohnmacht. Weil sie heute „mehr“ sind, werden die Amerikaner die Tugend der Mäßigung und der Selbstbeschränkung neu entdecken müssen – für beide eine schwierige Aufgabe. Das ist es, was ich meine, wenn ich von der „Wiedererfindung des Westens“ spreche, eines Westens, der nicht lange überleben würde, wenn er nicht wieder erfunden wird.

Anmerkungen

¹ Abgedruckt in: *Europa-Archiv*, 6/1962, S. D 148 ff., hier S. 148 f.

² Vgl. Charles Grant, *Transatlantic Rift*:

How to bring the two sides together, Centre for European Reform, London 2003 <<http://www.cer.org.uk/publications/467.html>>.